



Gemeindeamt
St. Anton im Montafon

Bez. Bludenz, Vorarlberg

2013-12-18
Zl.: 004-02-12/13
LR/KR

Niederschrift

Über die Sitzung der Gemeindevertretung vom Dienstag, dem 17.12.2013

Beginn: 19:30 Uhr

Sitzungsraum

Ende: 22:15 Uhr

Anwesende: Rudolf Lerch, ÖVP
Dr. Günter Flatz, ÖVP
Herbert Battlogg, ÖVP
Raimund Schuler, ÖVP
Christian Bitschnau, ÖVP
Wilma Battlogg, ÖVP
Lothar Battlogg, ÖVP
Helmut Wackernell, ÖVP
Ludwig Meier, ÖVP
Ing. Karolina Brunner, ÖVP

Ersatz: Josef Anker, ÖVP

Entschuldigt: Christoph Battlogg, ÖVP

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 22.08.2013
3. Berichte
4. Neuaufnahme von Gemeinden in die Bauverwaltung Montafon - Beratung und Beschlussfassung
5. Grunderwerb (Baurecht) Pflegeheim Bartholomäberg – Beratung und Beschlussfassung
6. Beitritt zur Verwaltungsgemeinschaft Abgabenprüfung Vorarlberg – Beratung und Beschlussfassung
7. Bildung des Gemeindeverbandes Schulerhalterverband Polytechnischer Lehrgang Außermontafon – Beratung und Beschlussfassung
8. Budget 2014
 - a) Beratung über die Verordnungen für die Jahressteuern, Gebühren und Abgaben für das Jahr 2014
 - b) Beratung über den Voranschlag, den Beschäftigungsrahmenplan sowie die Finanzkraft für das Jahr 2014
 - c) Beschlussfassung zu a + b
9. Nachbesetzung Prüfungs- und Tourismusausschuss – Beratung und Beschlussfassung
10. Auftragsvergabe Neuerrichtung Urnengräber - Beratung und Beschlussfassung
11. Einbau einer UV-Aufbereitungsanlage in das bestehende Krafthaus – Beratung und Beschlussfassung
12. Pensionskassenvertrag – Neue Vereinbarung mit Dienstnehmern – Beratung und Beschlussfassung
13. Allfälliges

zu Punkt 1:

Der Bürgermeister eröffnet um 19:35 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Für das entschuldigte GV-Mitglied Battlogg Christoph begrüßt der Bürgermeister das Ersatzmitglied Anker Josef.

zu Punkt 2:

Das Protokoll der Gemeindevertretungssitzung vom 22.08.2013 wird ohne Einwendungen genehmigt und unterfertigt

Zu Punkt 3:

- a) Der Bürgermeister berichtet, dass der Einspeisevertrag für die Stromlieferung aus dem Trinkwasserkraftwerk mit den Vorarlberger Kraftwerke AG mit 31.12.2013 ausläuft. Es war deshalb erforderlich diesen Vertrag rechtzeitig zu erneuern. Mit 06.11.2013 wurde ein neuer Einspeisevertrag mit den VKW für die Jahre 2014 und 2015 abgeschlossen. Der neue Einspeisetarif beträgt für das Jahr 2014 cent/kWh 4,331 und für das Jahr 2015 cent/kWh 4,306. Es ist festzuhalten, dass der Strompreis grundsätzlich rückläufig ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein riesiges Angebot an Ökostrom in Deutschland aus Photovoltaik und Windkraftwerken besteht und zum anderen die CO²- Zertifikate praktisch keinen Wert mehr besitzen und deshalb keine Kostenbelastung für die Erzeugung von Strom aus fossilen Brennstoffen anfällt.
- b) Des Weiteren berichtet der Bürgermeister, dass aufgrund von Verzögerungen, die bei der Erlassung des Baubescheides aufgetreten sind, mit den Bauarbeiten für die Erweiterung der Trink- und Löschwasserversorgung im heurigen Jahr nicht mehr begonnen werden kann und die Bauarbeiten auf das Frühjahr 2014 verschoben werden müssen
- c) Der Bürgermeister teilt der Gemeindevertretung mit, dass das alte Feuerwehrfahrzeug am 06.11.2013 an Herrn Hans Kohler (Altbürgermeister von Rankweil) zur Weitergabe nach Moldawien übergeben wurde. Da es für das Feuerwehrfahrzeug mehrere verschiedene Anfragen gab, hat sich die Gemeindevertretung im Rahmen einer Abstimmung dafür entschieden das Projekt von Herrn Kohler zu unterstützen.
- d) Die Budgets vom Stand Montafon und Forstfonds wurden mit € 7.984.300,-- und € 3.287.600,-- in der Standessitzung am 17.12.2013 und das Budget der ARA Montafon mit € 2.580.400,-- wurde in der Sitzung am 12.12.2013 beschlossen.
- e) Der Bürgermeister informiert die Gemeindevertretung über die Kündigung von Frau Andrea Bilgeri. Sie verlässt die Gemeindeverwaltung zum 28.02.2014 und wird eine Stelle im Sozialbereich der Stadt Bludenz antreten. Die zu besetzende Stelle in der Gemeindeverwaltung St. Anton i.M. wird im Gmesblättle ausgeschrieben. Der Bürgermeister bedankt sich bei Frau Andrea Bilgeri für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihr für die weitere Zukunft alles Gute.

Zu Punkt 4:

In die bereits bestehende Bauverwaltung Montafon sollen mit 01.01.2014 auch die Gemeinden Vandans und Tschagguns aufgenommen werden. Um den erweiterten Aufgabenbereich bewältigen zu können wird ein weiterer Mitarbeiter/Mitarbeiterin die Bauverwaltung Montafon in Schruns verstärken. Der Bürgermeister erklärt, dass durch die Neuaufnahme der beiden Gemeinden aber keine großen Veränderungen hinsichtlich der Kosten zu erwarten sind. Ziel ist es, dass alle Montafoner Gemeinden diesem Verband beitreten, damit eine einheitliche Bearbeitung der Bauvorhaben im Montafon gewährleistet ist. Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt die Gemeindevertretung einstimmig die Aufnahme der Gemeinden Vandans und Tschagguns in die Bauverwaltung Montafon zum 01.01.2014.

Zu Punkt 5:

Der Bürgermeister berichtet über den geplanten Neubau eines Pflegeheimes in Bartholomäberg vis a vis der Pfarrkirche. Die sechs Außermontafoner Gemeinden sind wie beim Sozialzentrum Schruns bereit, dem Bauträger der St. Anna-Hilfe den Grund für das Pflegeheim zur Verfügung zu stellen. Es ist notwendig den Grund von der Pfarre bzw. Diözese zu erwerben. Die Pfarre und die Diözese haben den Bürgermeistern mitgeteilt, dass ein Verkauf des Grundstückes an die sechs Gemeinden nicht in Frage kommt, sondern nur ein langfristiger Baurechtsvertrag möglich ist. Nach mehreren Gesprächs- und Verhandlungsrunden mit der Pfarre und der Diözese wurde nun folgende Vereinbarung erarbeitet. Für die benötigten 2500 m² wird ein 3%iger Baurechtszins vereinbart. Der Bodenwert wird mit € 150,-/m² vereinbart. Diese Parameter ergeben einen Baurechtszins von € 11.250,- pro Jahr für die genannten Gemeinden. Dem Bürgermeister von Bartholomäberg ist es gelungen den Betreiber dafür zu gewinnen ebenfalls einen Beitrag für diesen Baurechtszins zu leisten. Die St. Anna ist unter dem Titel seelsorgerische Leistungen bereit € 3.750,- pro Jahr zu übernehmen, somit verbleiben für die Gemeinden noch € 7.500,- pro Jahr zur Finanzierung. Das ergäbe für die Gemeinde St. Anton i.M. einen jährlichen Beitrag von € 449,25, dies entspricht einem Anteil von 5,99 % nach dem Einwohnerschlüssel. Die erstmalige Zahlung des Baurechtszinses wird nach Fertigstellung des Pflegeheimes fällig. Die Gemeinde Bartholomäberg bzw. die anderen Gemeinden werden sich bemühen noch eine entsprechende Förderung durch das Land Vorarlberg zu lukrieren. Die Gemeindevertretung bedauert, dass der Grunderwerb nur auf diesem Wege ermöglicht werden kann, ist aber der Auffassung dieses Projekt im Sinne der Notwendigkeit für die Bevölkerung weiter zu unterstützen und beschließt nach eingehender Diskussion einstimmig die Zustimmung zu dem Baurechtsvertrag mit der Pfarre und Diözese. Der Baurechtsvertrag soll auf 40 – 50 Jahre abgeschlossen werden.

Zu Punkt 6:

In einem Schreiben vom Gemeindeverband wird über die Möglichkeit zum Beitritt in die Verwaltungsgemeinschaft Abgabenordnung beim Vorarlberger Gemeindeverband mit Sitz in Dornbirn berichtet. Ergänzend erklärt der Bürgermeister, dass der Schwerpunkt bei den Außenprüfungen dabei vorerst auf die Tourismusabgabe, die Gästetaxe und die Zweitwohnsitzabgabe gelegt wird und bereits 47 Gemeinden dieser Verwaltungsgemeinschaft beigetreten sind. Für die Gemeinde entstehen erst dann Kosten, wenn ein Prüfer in Anspruch genommen wird. Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt die Gemeindevertretung einstimmig den Beitritt zur „Verwaltungsgemeinschaft Abgabenordnung“ beim Vorarlberger Gemeindeverband.

Zu Punkt 7:

Der Bürgermeister informiert, dass die Bildung des Schulerhalterverband Poly Montafon, bei dem ab dem neuen Schuljahr auch die Gemeinden St. Gallenkirch und Gaschurn beteiligt sind, von Seiten des Landes genehmigt wurde. Die beiden Gemeinden bezahlen wie bisher die Schulerhalterbeiträge und ab dem Schuljahr 2013/14 auch die anteiligen Investitionsbeiträge. Diese Änderungen bedürfen der Zustimmung der einzelnen Gemeinden. Nach kurzer Diskussion beschließt die Gemeindevertretung auf Antrag des Bürgermeisters, einstimmig der Bildung des Schulerhalterverband „Polytechnische Schule Montafon“ zu zustimmen.

Zu Punkt 8:

- a) Der Bürgermeister legt der Gemeindevertretung den Voranschlag 2014 zur Beratung über die Verordnungen für die Jahressteuern, Gebühren und Abgaben vor. Er stellt fest, dass sich der Rahmen für das Budget 2014 in etwa dem des Jahres 2013 bewegt und zwar deshalb, weil die Errichtung der Trink- und Löschwasserversorgung nicht wie vorgesehen im Jahre 2013 sondern erst im Jahre 2014 durchgeführt wird, und sich die Ausgaben und Einnahmen daher erst im Jahr 2014 niederschlagen. Neben diesen Ausgaben in der Höhe

- von € 310.000,- und den Kosten für die Errichtung der neuen Urnengräber in der Höhe von rd. € 82.000,--, sind keine weiteren größeren Investitionen geplant.
- b) Es wird zwei grundlegende Änderungen geben. Die Abrechnung der Personalkosten für Frau Conny Rettenbacher, die auf die Haushaltsstelle Tourismusbüro und allgemeine Verwaltung in der Relation 55:45 aufgeteilt waren, sollen im Verhältnis 30% Tourismus und 70% Allgemeine Verwaltung umgeschichtet werden, da ein Großteil der touristischen Aufgaben von Montafon Tourismus übernommen werden. Zu den Abgaben und Gebühren ist festzuhalten, dass aufgrund der Unterdeckung bei den Abfallgebühren, bei der Wasser- und Abwasserentsorgung die betreffenden Gebühren um jeweils 15% angehoben werden müssen. Es ist aber auch erforderlich andere Abgaben, wie Kindergartengebühren, Friedhofgebühren usw. entsprechend anzuheben. Nach eingehender Diskussion und Erläuterungen der einzelnen Haushaltspositionen kann zusammenfassend festgehalten werden, dass der Budgetrahmen für das Jahr 2014 € 2.100.500,-- beträgt und ausgeglichen ist. Es wird ein Überschuss in der Höhe von € 106.100,-- erwartet. Dies ist aber vor allem damit zu erklären, dass diverse Förderungen für Investitionen aus dem Jahre 2013 erst im Jahre 2014 fließen werden. Der Schuldenstand soll zum Ende des Jahres 2014 € 2.036.900,-- betragen, das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von € 2.614,--. Die Finanzkraft für das Jahr 2014 beträgt € 784.000,--. Die Anzahl der Bediensteten bleibt mit 8 Personen gleich wie im Jahre 2013. Der Beschäftigungsrahmenplan umfasst 5,93 Bedienstete in einem vollen Beschäftigungsverhältnis.
- c) Der Bürgermeister informiert die Gemeindevertretung, dass der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 06.12.2013 die Abgaben und Gebühren und den Voranschlag 2014 eingehend beraten hat und an die Gemeindevertretung die Empfehlung ausspricht, das Budget für 2014 in der vorliegenden Form zu genehmigen. Ergänzend schlägt Vizebürgermeister Dr. Günter Flatz vor, dass eine jährliche Kostenerhöhung aufgrund der Indexanpassung zu empfehlen ist, da dies für die Bevölkerung eher nachvollziehbar ist. Nachdem sämtliche Anfragen der GemeindevertreterInnen durch den Bürgermeister bzw. durch den Gemeindegassier Peter Vergud ausführlich erläutert und beantwortet wurden, beschließt die Gemeindevertretung, über Antrag des Bürgermeisters, einstimmig den Voranschlag, die Abgaben und Gebühren, die Finanzkraft und den Beschäftigungsrahmenplan für das Jahr 2014 in der vorliegenden Fassung.

Zu Punkt 9:

Aufgrund der Mandatsniederlegung von Gemeindevertreter Bernhard Böhler müssen im Tourismusausschuss bzw. im Prüfungsausschuss die jeweiligen Vertreter nachbesetzt werden. Nach kurzer Diskussion werden für den Tourismusausschuss Frau Caroline Brunner und für den Prüfungsausschuss Herr Arnold Flatz, als Vertretung für Frau Wilma Battlogg, neu bestellt.

Punkt 10:

In der Sitzung vom 22.08.2013 wurden anhand der vorläufig erstellten Pläne von Herrn Baumeister Klaus Schröcker Lösungsmöglichkeiten zur Errichtung von neuen Erd-Urnengräbern diskutiert. In dieser Sitzung wurde beschlossen, dass die weiteren Einzelheiten und die genauen Kosten nach Vorlage eines Kostenvoranschlages durch Herrn Baumeister Klaus Schröcker beraten und entschieden werden.

Der Bürgermeister legt nun ein Gesamtkostenkonzept vom Planungsbüro Schröcker für 15 zu errichtende Erd-Urnengräber vor und erläutert nochmals die bereits angedachte Lösung anhand der vorliegenden Pläne. Die Gesamtkosten belaufen sich auf € 76.086,95. Die Kosten für ein neues Friedhofskreuz werden noch genau eruiert, werden derzeit mit ca. € 6.000,-- beziffert. Die Gemeindevertretung ist einhellig der Meinung, dass diese Ausführungsform die bestmögliche Lösung ist. Diese Lösung wurde mit der Pfarre, der Diözese, sowie dem Denkmalamt abgestimmt. Nach eingehender Diskussion beschließt die Gemeindevertretung, auf Antrag des Bürgermeisters, einstimmig die Ausführung der neu zu errichtenden Urnengräber gemäß dem vorliegenden Gesamtkostenkonzept von Bmst. Schröcker.

Punkt 11:

Nach der Trinkwasseruntersuchung am 17.04.2013 wurde in dem anschließenden Gutachten vom Umweltinstitut die Empfehlung ausgesprochen, eine Desinfektionsanlage einzubauen, um so eine gesicherte Wasserqualität erhalten zu können. Darüber hat der Bürgermeister bereits in der Sitzung vom 22.08.2013 berichtet und er erläutert der Gemeindevertretung den an Herrn Elmar Lang von der Firma Adler in Auftrag gegebene Bericht. GV Raimund Schuler fragt, warum der Einbau dieser Anlage nach der Erneuerung der Wasserleitung überhaupt erforderlich ist. Der Bürgermeister verweist nochmals auf den letzten Trinkwasserbericht, aus dem ganz klar hervor geht, dass auch durch die Neufassung der Quelle die gelegentlich auftretende mikrobiologische Belastung der Gravesquelle nicht vermieden werden kann. Durch die UV-Anlage werden mit eingeschwemmte Keime abgetötet und der gefahrlose Genuss sichergestellt. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf netto € 26.000,--. Die Gemeindevertretung beschließt auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig den Auftrag für die Ausschreibung an die Fa. Adler zu vergeben.

Punkt 12:

Der Bürgermeister teilt der Gemeindevertretung mit, dass es laut einem Schreiben vom Gemeindeverband vom 31.10.2013 aufgrund von neuen gesetzlichen Regelungen in der Pensionskasse und der Einbeziehung der Beamten ab Jahrgang 1961 und jünger in den Kreis der Anwartschaftsberechtigten einen neuen Pensionskassenvertrag gibt und daher mit den Dienstnehmern neue Vereinbarungen getroffen werden müssen.

Diese Neuerungen erfordern von allen dem Pensionskassenmodell des Vorarlberger Gemeindeverbandes beigetretenen Gemeinden einen Beschluss der Gemeindevertretungen. Nach einer kurzen Diskussion in der alle offenen Fragen durch den Bürgermeister beantwortet werden konnten beschließt die Gemeindevertretung einstimmig den neuen Pensionskassenvertrag in der Gemeinde St. Anton.

Punkt 13:

1. GV Josef Anker fragt nach, warum die durchgehende Busverbindung nach Partenen um 8:45 Uhr ab Gemeindeamt St. Anton im Winterfahrplan keine Dorfrunde mehr fährt. Der Bürgermeister erklärt, dass er dies prüfen wird.
2. Der Termin für den Neujahrshock wird auf den 28.12.2013 fixiert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen unter Punkt 13 „Allfälliges“ mehr erfolgen, dankt der Bürgermeister den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung für die konstruktive Mit- und Zusammenarbeit und schließt um 22:15 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung.

Der Schriftführer:

.....

Bürgermeister:

.....

Vizebürgermeister:

.....

Gemeindevertreter:

.....

